

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katharina Willkomm, Stephan Thomae, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Dr. Gero Clemens Hocker, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Dr. Martin Neumann, Christian Sauter, Frank Schäffler, Dr. Wieland Schinnenburg, Frank Sitta, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Online-Banking und die ältere Generation

Während die Digitalisierung, auch bezogen auf Bankgeschäfte, immer neue und zusätzliche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe, für die persönliche und unternehmerische Entwicklung bietet, kann nicht außer Acht bleiben, dass es nicht allen Teilen der Verbraucherinnen und Verbraucher gleich leicht fällt, mit dem technischen Fortschritt mitzuhalten (<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/neuland-aeltere-bankkunden-oft-digital-vernachlaessigt-17026241.html>; <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/banken-vergessen-faulheit-der-konsumenten-bei-online-zahlungen-17212899.html>). Gerade mit dem Blick auf die ältere Generation muss es nach Ansicht der Fragesteller allerdings unser aller politischer Anspruch sein, auch diese mitzunehmen (so beispielsweise die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V. [BAGSO] unter https://www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/06_Veroeffentlichungen/2020/BAGSO-Stellungnahme_Achter_Altersbericht_Digitalisierung.pdf).

Angesprochen wird das Thema auch mehrfach im achten „Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland – Ältere Menschen und Digitalisierung“ (im Folgenden „Achter Altersbericht“, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/159916/9f488c2a406ccc42cb1a694944230c96/achter-altersbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>). Danach unterstreichen die Sachverständigen „– neben der Forderung nach digitaler Befähigung älterer Menschen selbst – auch die Bedeutung digitaler Kompetenzen der für ältere Menschen besonders relevanten Berufsgruppen: (...) Beschäftigte in Handel, Banken und Versicherungen sollen digitale Kompetenzen erwerben, um ältere Menschen bei einem bereichsspezifischen Einsatz digitaler Technologien unterstützen zu können. Bund und Länder sollen hier entsprechend ihrer jeweiligen Zuständigkeit für entsprechende Rahmenbedingungen sorgen“ (S. 19). Auf S. 136 empfiehlt die Kommission „der Bundesregierung und den Ländern, Gesetze und Regelungen auf den Weg zu bringen, die sicherstellen, dass der Erwerb von digitalen Kompetenzen und die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der digitalen

Transformation auf den eigenen Arbeitsbereich und auf das Leben älterer Menschen feste Bestandteile in allen Ausbildungscurricula dieser Berufsgruppen werden. Das Ziel sollte sein, bei den Angehörigen dieser Berufsgruppen eine umfassende Beratungs-, Reflexions- und Implementierungskompetenz im Hinblick auf einen angemessenen Einsatz digitaler Technologien auszubilden.“

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Rückbau von Bankfilialen in Deutschland insgesamt über die letzten zehn Jahre?
2. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Rückbau von Bankfilialen in Deutschland hinsichtlich der regionalen Verteilung über die letzten zehn Jahre?
3. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Rückbau von Bankfilialen in Deutschland im Vergleich zur demografischen Bevölkerungsentwicklung über die letzten zehn Jahre?
4. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Entwicklung der Altersstruktur von Bankkunden (bitte nach Filial- und Direktbanken differenzieren) über die letzten zehn Jahre?
5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich der Entwicklung von online erbrachten Bankdienstleistungen über die letzten zehn Jahre?
6. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich der Entwicklung von in der Filiale oder telefonisch erbrachten Bankdienstleistungen über die letzten zehn Jahre seitens der Kunden, die das Renteneintrittsalter erreicht haben oder älter sind (im Folgenden „ältere Generation“)?
7. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu dem von Banken betriebenen finanziellen Aufwand für die Kundengewinnung hinsichtlich der unterschiedlichen Altersgruppen, insbesondere der älteren Generation?
8. Welche Hindernisse sieht die Bundesregierung für die ältere Generation, Online-Bankdienstleistungen in Anspruch zu nehmen?
9. Inwieweit sieht es die Bundesregierung als in ihrer Verantwortung liegend an, die ältere Generation an die Nutzung digitaler Werkzeuge, Plattformen, Kommunikationskanäle etc. heranzuführen?
10. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zur Verbesserung, soweit sie eine Verantwortung bei sich sieht?
11. Erachtet es die Bundesregierung für sinnvoll, im Interesse der Teilhabe der älteren Generation am gesellschaftlichen Alltagsleben, auf den Erhalt von Bankfilialen hinzuwirken?
12. Welche der Empfehlungen im Achten Altersbericht teilt die Bundesregierung, und welche nicht?
13. Welche Empfehlungen aus dem Achten Altersbericht sind aus Sicht der Bundesregierung prioritär?
14. Was hat die Bundesregierung bislang zur Umsetzung der Empfehlungen des Achten Altersberichts erreicht, soweit sie diese teilt?

Berlin, den 5. Mai 2021

Christian Lindner und Fraktion